

Reichspolitik und Deutscher Städtetag in Magdeburg

Scharfe Vorstöße der Kommunisten gegen den Bürgerloos-Kurs / Bürgerloos-Kanzler Marx wird ausgepöffelt Die Oberbürgermeister für die Wirtschaftsautonomie

Die siebente Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde am Freitag den 23. September von dem Oberbürgermeister von Boch, Berlin, in der Stadthalle in Magdeburg eröffnet. Nach der üblichen Begrüßungsansprache erteilte er dem eingeladenen Bürgerloos-Kanzler Marx das Wort. Marx wurde mit Jubeln und Pfeifen von der kommunistischen Fraktion empfangen. Nur ein ganz kleiner Teil der Zentrumsfraktion spendete schwachen Beifall. Nach einer Rede, deren Inhaltlosigkeit kaum unterboten werden konnte, erklärte der Besoutragte des Volkshüterbundes, daß er den übrigen Beratungen mit Interesse folgen und dem Reichspolitiker Bericht erstatten werde. Das eilige Schweigen, sowie die Vorwürfe werden dem Reichspolitiker gezeigt haben, wie selbst die überwiegende Mehrheit der Vertreter der deutschen Kommunisten über seine Politik urteilt.

Nach dem Reichspolitiker Marx sprach der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, über „Reichspolitik und Städte“.

Müller wandte sich im ersten Teil seiner Ausführungen etwas gegen den Druck der Wirtschaft auf die Kommunen. Ebenfalls nahm er Stellung gegen die Auflösung des Reichsfinanzpräsidenten, die bei den Auslandsreisen die Wirtschaft gegenüber den Gemeinden bezuglos. Diese Einseitigkeit diene aber nur dazu, um den Eindruck zu erwecken, als kämpften die Städte gegen die Wirtschaftsautonomie. Seine weiteren Ausführungen bestanden darin, daß er mit den Maßnahmen der Wirtschaft gegenüber sich einverstanden ist. Er forderte ebenso wie die Wirtschaftsdirektoren die stärkere Nationalisierung in den Kommunen. Von der Reichsregierung erwarte er, daß sie mehr als bisher bei der Verteilung der Steuern zugunsten der Gemeinden eintritt. Die Arbeiterfeindschaft kam in seinen Ausführungen deutlich zum Ausdruck, als er die drei Hauptgruppen, die die Finanzen betreffen, behandelte. Vor allem bedauerte der Redner die teilweise Aufhebung der Getreidezölle. Diese Maßnahme hätte in den Gemeinden großes Betremden verursacht!

Bei der Hausschatzsteuer wünschte er nur, daß sie in eine bessere Form gebracht werde. Er ist für Beibehaltung dieser die wertvollsten Schichten belastenden Steuer.

Bei dem Bausteuergesetz bemängelte er nur, daß die Gemeinden hier kein besonderes Mitspracherecht besitzen. Er spricht an die Reichsregierung, daß sie diese arbeiterfeindliche Maßnahme bei dem Steuervereinfachungsgesetz genügend berücksichtige. Bei seinen ganzen Ausführungen war implizit immer die Reichsregierung um Hilfe gegen die ungerechtfertigten Angriffe der Länder ersucht. So war eine völlige Umänderung an der Politik der Wirtschaftsautonomie und des Bürgerloos. Trotzdem er weiß, daß die Massen in Deutschland in kaum zu übersehender Weise mit Steuern belastet sind, entschloß er sich das Eingekündigte, daß in Amerika alle Einkommen bis zu 10000 Mark steuerfrei sind. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland die kommunalistischen Anträge ab, die Steuerfreiheit bis 3000 Mark verlangen. Selbst 1500 Mark hätten den Sozialdemokraten im Preussischen Landtag noch zu viel. Mit dem Beschlusse, daß der heutige Aufbau des Reiches nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht und deshalb der Aufbau des Reiches unter härterer Anerkennung der Selbstverwaltung der Gemeinden umgestellt werden müsse, schloß er seine Ausführungen.

Nach Dr. Müller sprach der Reichsfinanzminister Köhler. Der Redner begründete den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes. Rückblickend wies er die gegen die Wirtschaft erhobenen Vorwürfe ab. Er erklärte, daß die Wirtschaft noch mitten im Nationalisierungsprozeß stehe. Man müsse sich deshalb noch auf ganz andere Dinge gefaßt machen. Außerdem predigte er, wie alle Finanzminister, für Sparmaßnahmen, das heißt die Sparmaßnahme soll nur bei den wertvollsten Massen und bei der Sozialfürsorge durchgeführt werden.

Darüber, wie die Gemeinden die durch die Steuerregelung der Beibehaltung erhöhten Ausgaben aufbringen sollen, sagte er kein Wort.

Die Kritik für den Finanzminister überhaupt nicht zu erfüllen. Er behauptete hiermit, was wir nach jeder Rede auf der Versammlung sagten, das heißt, die Beibehaltung der Ordnung muß nach dem jetzigen Schema in den Gemeinden zu neuen Steuern und neuer Maßnahmen führen.

Nach der Rede des preussischen Innenministers Gumbel, der sich hier als Verteidiger der Selbstverwaltung aufspielte, wurde in die allgemeine Diskussion eingetreten.

In der Diskussion sprachen die Oberbürgermeister von Aachen, Köln, Bielefeld, Dresden, Lüneburg, Hannover, Potsdam, Jägers, Duisburg. Außerdem sprachen die Vertreter der einzelnen Parteien. Von der SPD sprach Lohmann, Berlin. Entsprechend ihrer politischen Zugehörigkeit gaben sie ihre Zustimmung zu den vom Vorstand des Städtetages vorgelegten Entschliessungen. Die Ausführungen Dr. Müllers lösten bei den Reden der Oberbürgermeister Stellen nur dahin, daß die Reichsregierung eine kommunalpolitische Abteilung zu schaffen und mit einem besonderen Vertreter des Städtetages zu versehen. Im übrigen ist der Städtetag von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten mit den Grundgedanken der Nationalpolitik, die nur die breiten Massen belastet, einverstanden.

Von der kommunistischen Fraktion sprach der Genosse Reisch, Berlin.

Wahrscheinlich sei es die verschwommenen Ausführungen der Reichsregierung, die glauben, daß die Worte dazu da sind, die Gemeinden zu beruhigen. Rückwärts vertritt der kommunistische Parteivorstand die Interessen der wertvollsten Schichten, wie sie sich aus der jetzigen Situation ergeben. Genosse Reisch begründete vor allem die von uns vorgelegte Entschliessung über die Mietpreiserhöhung, die wie folgt lautet:

Entschliessung

Der Deutsche Städtetag erhebt schärfsten Protest gegen die für die Massen der Minderbemittelten absolut untragbaren Mietpreiserhöhungen. Der Städtetag ersucht die Reichsregierung und den Reichstag, die für den 1. Oktober dieses Jahres beabsichtigte Mietpreiserhöhung von 10 Prozent nicht Kraft treten zu lassen. Der Reichstag solle vielmehr veranlassen, daß die Mieten für alle Wohnungen die Mietbesitzer nicht übersteigen und ferner in außerordentlichem Umfange Mittel zum Bau von Kleinwohnungen den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Die Hausschatzsteuer belastet ausschließlich die Massen der Minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Der Reichstag wolle daher die Hausschatzsteuer aufheben und die Mieten durch Reichsgesetz um den entsprechenden Betrag herabsetzen.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Den weiteren Inhalt der Genosse Reisch die Vorstöße des Reichsbürgerloos und der Kulturreaktion. Hier hätte die Fraktion folgenden Entschliessungsantrag eingebracht:

Entschliessung zum Reichshauszinsentwurf

Der von der Reichsregierung vorgelegte Reichshauszinsentwurf macht die Staatsfinanzen zur Kirchenhilfe, die Lehrer in Kirchenbüchern, schlägt voll ausgebaute Schulen in

Zweigschulen und über die breiten Massen der Steuerzahler, besonders in den Gemeinden, neue Millionen-Dollars aus.

Der Deutsche Städtetag fordert deshalb:

1. von der Reichsregierung die Zurückziehung des vorgelegten Reichshauszinsentwurfes;
2. von dem Reichstag die Aufhebung der Artikel 148 Absatz 2 und 149 des Reichsverfassungsgesetzes;
3. von Reichstag und Reichsregierung ein Schulgesetz, das die Einheitslichkeit und volle Weltlichkeit des gesamten Schulwesens durchführt.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Die Stellung der Kommunisten zu dem Steuervereinfachungsgesetz kam in einer hierfür besonders zugunsten der Entscheidung zum Ausdruck:

Entschliessung

Der Deutsche Städtetag erklärt:

Das im Entwurf der Reichsregierung vorgelegte Steuervereinfachungsgesetz bildet in seinen Ausführungen eine schwere Gefahr für die Gesundheit der Gemeindefinanzen.

Die Rahmengesetzesentwürfe lassen deutlich zwei Tendenzen in der Vordergrund treten:

1. Die Gemeinden sollen durch Androhung eines verhängten Eingetretens der Aufsichtsbehörden gezwungen werden, ihre Realvermögen auszubauen.
2. Die ihnen irgendwelche erhöhte Zuwendungen aus den Reichskassen nicht zur Verfügung gestellt werden, muß dies dazu führen, daß die zur Durchführung der sozialen Aufgaben der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mittel in unerträglicher Weise herabgesetzt werden. Eine weitere Einschränkung der bisher schon nur in unangenehmer Weise in Angriff genommenen sozialen Aufgaben muß eine weitere Verteilung der minderbemittelten Schichten und einen unauferbringbaren Schaden an der Volksgesundheit zur Folge haben.

Die Gelehrtenkreise wollen den Gemeinden jede Möglichkeit nehmen, durch Staffeln von irgendwelcher Art die Belastung auf wirtschaftlich unglückliche Schichten zu legen.

§ 9 Ziffer 2 des Grundsteuer-Nahmengesetzes;

§ 20 Ziffer 1 des Gemeindefürsorge-Nahmengesetzes.

Durch diese Tendenzen, die Belastung der Volkswirtschaft durch Kommunalvermögen unter allen Umständen zu verhindern, wird den Gemeinden die Erhebung kommunaler Steuern von Personen über Körperlichkeiten, deren Vermögens- und Einkommensverhältnisse eine besondere Belastung durchaus tragbar erscheinen lassen, völlig unmöglich gemacht.

Dagegen wird durch das Steuervereinfachungsgesetz die juristische Grundlage für die Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer geschaffen. Gerade diese Art der Mittelbeschaffung erscheint jedoch bei der geradezu unerträglichen Belastung der arbeitenden Schichten als die unzulässigste.

Der Deutsche Städtetag erhebt daher den Reichstag aus den vorstehend genannten Gründen, den vorliegenden Entwürfen der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgesetz die Genehmigung zu verweigern.

Der Deutsche Städtetag fordert dagegen für die Gemeinden das Recht:

1. alle kommunalen Steuern zu kassieren
- a) nach dem Vermögen;
- b) nach dem Einkommen;
2. das Recht zur Erhebung kommunaler Beiträge.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Das Werk der Polizei

So wurden im „roten“ Wien die Arbeiter niedergemetzelt

In der letzten Sitzung des Justizausschusses brachte Abgeordneter Wiesner offenbar aus den dem Gemeindevorstand mitgeteilten Tatsachen einige Fälle zur Verfügung, die uns die Vorkämpfer der Wiener Polizei am 15. und 16. Juli wieder ins Gedächtnis rufen. Diese beispiellosen Arbeitermorde muß sich jeder Protestler ins Gedächtnis prägen mit dem Vorwort: Nicht vergessen!

Der erste Fall ist der Mordmordanschlag des Wachmanns Nr. 801. Der Wachmann hat vor dem Justizpalast auf einen Mann, der ruhig auf dem Stegengänge stand, und ihm den Rücken zugekehrt, mit einem Revolver geschossen.

Für diesen Fall sollte für alle folgenden Fälle werden Zeugen angefordert.

In einem zweiten Fall hat ein Kommissar auf der Ringstraße, die in diesem Moment menschenleer war, auf einem auf dem Boden liegenden Verwundeten geschossen und ihm den Schuß vermerkt. In einem dritten Fall wurde auf der Volkstrasse vor dem Planetarium, während diese Straße menschenleer war.

auf einen Verwundeten von einem Wachmann aus dem Revolver geschossen und der Verwundete getötet.

Während einer Schießerei in der Bartensteingasse kückten sich drei Leute hinter einen Schrotterhaken in der Stationstraße und der Bartensteingasse. Einer dieser drei erhob sich plötzlich, schraubte seinen Kopf von sich und bereitete die Arme mit den Worten aus:

„Schlagt auf mich!“ Darauf gab der Polizeiregler tatsächlich eine Salve auf den Mann ab. Er fürzte, von einigen Schüssen getroffen, tot zusammen.

In dem gegen die Lichterfahrgasse geleiteten Hof des Rathauses war ein Samariterplatz eingerichtet. Im Hof und im Gang lagen und standen Verwundete, Besetzte und Sanitätsmannschaften. Eine große rote-Kreuz-Küche kennzeichnete diese Stelle als Sanitätsplatz. Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags marschierte eine Polizeieinheit von dem geschlossenen Tor auf und nahm mit gefülltem Gewehr Front gegen die Sanitätsstation. Obwohl von der Möglichkeit eines tödlichen Angriffs gegen die Wache wachen des geschlossenen Tores keine Rede war, gab die Wache, nachdem die Aufstellung genommen hatte, eine Salve und nach wenigen Augenblicken eine zweite Salve und dann eine Reihe Einzelschüsse auf den Sanitätsplatz ab.

Einem Verwundeten wurde die Hantel weggerissen. Einem älteren Mann wurde die Brust durchschossen. Einem anderen wurde das linke Auge herausgeschossen.

Bekannt ist der Fall des Ordners Bepolzer, der am 15. Juli vor dem Justizpalast Dienst machte. Er befand sich im Wachmann aus der Wache, kückte ihn und geleitete ihn zum Wachposten.

Kaum hatte er aber der Wache den Rücken gefaßt, als ein Wachmann aus der Schwarmlinie gegen ihn das Gewehr anlegte und ihn niederhieb.

Zwei schwer verwundete Frauen, die in einem offenen Auto über die Ringstraße gefahren wurden, wurden in der Nähe des Planetariums am Freitag nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr von einer Polizeieinheit, obwohl die Straße zu dieser Zeit menschenleer war, unter Feuer genommen.

Ein Schuß schlug in einer Frau am Kopf und tötete sie. Die anderen Schüsse verwundeten zwei Samariter.

Die Ausführungen des kommunistischen Redners waren der hundertsten Verammlung, die sich in der Mehrheit längst zu den gefüllten Reichstagen lehnte, schlicht unangenehm. Von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, ließen die übliche Schlußanträge ein.

In kurzen und wuchtigen Ausführungen trat der kommunistische Redner Gabel, Dresden den Abwärtigungsoberläuten der reaktionären Einzelfront entgegen. Er beantragte die Weitertragung und verlangte, daß der Städtetag nicht nur eine Parade- und Vergeltungslage darstellte. Seine Ausführungen wurden von den Kommunisten mit höchstem Beifall aufgenommen. Gegen die Stimmen der Kommunisten stimmte der Städtetag für den eingereichten Schlußantrag. Dem Vorstand des Präsidiums, die kommunistischen Anträge dem Vorstand zu überweisen, wurde von der kommunistischen Fraktion widersprochen. Die Kommunisten verlangten eine Abstimmung über die sofortige Entscheidung. Gegen eine solche Abstimmung wurden sämtliche Anträge und die Erklärungen dem Vorstand als Material überwiesen. Die Deutschnationalen hatten eine besondere Erklärung zu den Tagesordnungspunkten eingereicht und sich bei der Abstimmung über die Entschliessungen des Vorstandes der Stimme enthalten.

Nach Annahme der Vorhandenentfaltung und einer demagogischen Kundgebung für die Räumung des besetzten Gebietes wurde der Städtetag geschlossen.

Abendlandung des Städtetages

haben die Kommunisten eine besondere schriftliche Erklärung abgegeben.

Erklärung

Die kommunistische Fraktion des Deutschen Städtetages fordert die sofortige Räumung der noch von Entenentruppen besetzten Gebiete. Wir fordern diese Räumung aber nicht auf Grund des Versailleser Friedensvertrages und der im Varnum getroffenen Vereinbarungen, sondern mit selbstverständlichem Recht der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete.

Die kommunistische Fraktion lehnt jedoch die vom Vorstand des Deutschen Städtetages vorgelegte Entschliessung ab. Wir kritisieren den bürgerlichen Vertretern das Recht ab, im Namen der arbeitenden Bevölkerung eine solche Entschliessung einzubringen, da gerade sie mit der Kriegsschuld und ihren Folgen belastet sind. Die Bourgeoisie hat sich sogar nicht geschämt, die Hilfe der Weltbevölkerung gegen hungernde und streikende deutsche Arbeiter anzurufen.

Aus den gleichen Gründen fordert die kommunistische Fraktion die Freigabe des Saargebietes und sofortige Wiedervereinigung mit dem Reich. Die kommunistische Fraktion erhebt schärfsten Protest gegen die Völkerbundregierung des Saargebietes, die angucken des internationalen Unternehmertums in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse eingreift.

Nach der Verlauf der siebenten Tagung des Deutschen Städtetages hat bewiesen, daß in den Kommunen die Interessen der Wertvollen nur von den Kommunisten in wirklichem Sinne vertreten werden. Alle diese Tagungen zeigen, daß die heutigen Parliamente für die Wertvollen nur dazu da sind, die Wohlstandsklassen des Finanz-, Agrar- und Industriekapitals zu verteidigen.

Während der Tagung traf die Nachricht von dem Flugzeugunfall bei Schlei ein. Der Städtetag erhebt die Beerdigung durch Erben von den Vätern. Der Vorhänge gebachte dabei der Verdacht des Volkshüter v. Walsen, die er sich besonders in den letzten Jahren erworben hat.

Am 15. Juli, nachmittags um 3 Uhr, passierte eine junge Frau die Verdenfelderstraße, Ecke Laßnitzerstraße. Als er etwa 30 Schritte von der dort aufgestellten Volkstruppe entfernt war, legte ein Wachmann auf ihn an und schloß. Der junge Mann brach mit durchschossener Schläfe tot zusammen.

Am Nachmittag des 15. Juli ging Rudolf Kreuzer mit seiner Frau über die Ringstraße in der Richtung des Schiller-Denkmal. Die Straße war völlig ruhig, es gab nur harmlose Spaziergänger. Da fiel in der Nähe des Schiller-Denkmal eine Salve. Die beiden liefen gegen die Opfer. Dort fiel eine zweite Salve. Ein Schuß traf den Hals der Frau, verletz die Wirbelsäule und bewirkte eine allgemeine Lähmung.

Am 16. Juli um 9 Uhr abends fanden in der Hütteldorfer Straße kleinere Menschengruppen, die über die Ereignisse des Vortages sprachen. Plötzlich fuhr in voller Fahrt zwei Mannschützenautos der Polizei die Straße hinauf. Als das zweite Polizeiauto passierte, gaben die Polizisten aus dem fahrenden Auto eine Salve ab.

Der 17jährige Lehrling Schwarzer brach mit fünfzehn Kopfloerzeugungen tot zusammen. Der Vertreter Müller bekam einen Schuß in den Unterleib.

Während der Schießerei vor dem Justizpalast hatte ein einzelner Mann hinter dem Einengraber-Denkmal Deckung gesucht. Ein Wachmann auf der Ecke des Parlaments nahm den Mann ans Korn und brachte ihn mit drei wohlgezielten Schüssen nieder.

Gegen 4 Uhr nachmittags eröffnete die Polizei gegen das Café Reichardt, wo eine Sanitätsstation untergebracht war, das Feuer. Ein Sanitätsgehilfe erhielt einen Bauchschuß.

Ein Verwundeter, der sich am Schweg vor dem Justizpalast auf allen vieren kriechend fortgeschleppt, wurde von mehreren Polizisten in linien Stellung durch Schüsse niedergelacht.

Am 15. Juli, um 2 Uhr nachmittags, lag ein alter Mann auf einer Bank im Schmetzingpark. Eine Polizeipatrouille gab der linken Rückenseite, zusammen. Sechs Leute kückten herbei und wollten ihn aufheben. Darauf eröffnete die Polizei auf vier Leuten ein Feuer. Alle sechs wurden schwer verletzt.

Am Samstag nachmittags fuhr ein Polizeiauto durch die Kuffelgasse. Die Polizisten sprangen heraus und begannen auf die Menschen mit dem Gewehrfolben einzuschlagen. Eine Frau namens Katharina Polzora, erhielt einen Gewehrfolben auf den Kopf und brach demütlos zusammen. Freitag um 17.30 Uhr eröffnete eine Schwarmlinie in der Rabenberger Straße, ohne jeden Grund ein Salvenfeuer gegen die Rahlstege. Ein Mann blieb tot, mehrere schwer verletzt liegen.

Der Einheimische Rauchinger kam am selben Tage etwa um 14 Uhr auf die Volkstrasse. Da fiel eine Salve. Er fiel, stolperte und fürzte zu Boden. Ein Volkstruppe lagte in einer Distanz von 2 Meter auf ihn an da aber das Gewehr verlor, holte der Volkstruppe mit dem Gewehrfolben aus und hieb auf den Kopf des am Boden liegenden Mannes ein.

Alle diese aufgeführten Fälle sind durch Zeugenaussagen belegt.

Nach anstandslos solcher unerbürter Morde magt man es, den Wertvollen einzureden: Wir sind auf die Demokratie angewiesen! (Arbeiter-Zeitung 18. September.)

unter Wasser
urs vermischt
sich die Tragn
n. Bis jetzt
ig
fürst
bel Franzens
am Eisenbahn
n den Fluss
während die
den Toten
von 27 Jahren
ste bis neben
überwachen,
unter
Zusammen
end unter
ste die Brücke
neben der
die Tiele
Frau sich
ach dem
berüchtlich
schon
och berührt;
schon die
die Eisenbahn
at - Brenner
und die
unterbrochen
fort und unter
wurde
de später
d Beiwagen
e wurde
sich über
an den
den war.
di worden;
eben Kilometer
ne
ahrmeldung)
en die
er, daß
der von
n einen
anzahligen
ppelliert
be.
schlichen.
immer
Ausflüchte
das
worte und
sich
einigt. Die
a Französischen
en Vorläufe
wille
ahrmeldung)
Sowjet
ig
I, weil
folgendes
eine
m der
Staates
wo
Sowjet
en Beziehungen
heißt
Moment
e Sozialisation
es, das
wie im
ere Lage,
Teil
enthalten
ubland
ahrmeldung)
Sowjet
ig
I, weil
folgendes
eine
m der
Staates
wo
Sowjet
en Beziehungen
heißt
Moment
e Sozialisation
es, das
wie im
ere Lage,
Teil
enthalten
in Wien
ahrmeldung)
23. September
dagh Arbeiter
n ein
diese sich
dort
eines
wie
berufen,
wähl
an
sowjet
dente
Wach
den
Wetter
der
Anstalt
des
hoch
sch
Stiche
in
den
gen
des
Unter
1000
Dollars
empfen
über
in
den
ein
schlamm